Zeitschrift: Thema-Bulletin = Bulletin thématique / Forum Helveticum

Herausgeber: Forum Helveticum

Band: 3 (2002)

Rubrik: Politische Parteien = Partis politiques

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Politische Parteien

Partis politiques

DIE FAMILIE INS ZENTRUM SETZEN!

Jacqueline Fehr

Alle Menschen sind Teil einer Familie. Entsprechend ist Familie für unsere Gesellschaft ein stark verbindender Wert. Trotzdem herrschen über das Wesen, den Nutzen und die Aufgaben einer Familie unterschiedliche Vorstellungen. Die Diskussion über Familie ist immer eine Diskussion über Werte und Normen. So zum Beispiel, wenn zwischen «vollständiger» und «unvollständiger» Familie unterschieden oder von «richtiger» resp. «normaler» Familie gesprochen wird. Alle Menschen sind Teil einer Familie, und sie bleiben es ein Leben lang. Mit anderen Worten: Familie bezieht sich nicht nur auf die Lebensphase, in der Erwachsene mit minderjährigen Kindern zusammen leben. Familie ist auch ein Band, das mehrere Generationen untereinander verbindet. Der nachfolgende Artikel konzentriert sich auf die Familienpolitik im engeren Sinn, weil der Familie aus Sicht der sozialen Kohäsion eine zentrale Bedeutung zukommt.

Bruchstellen zwischen den Generationen sowie den Menschen mit und ohne Kinder

Die Vorstellungen von Familie unterstehen seit jeher einem stetigen Wandel. Gegenwärtig ist in der Schweiz diejenige Familienform vorherrschend, welche aus Mutter, Vater und einem Kind, resp. mehreren Kindern besteht. Daneben hat seit den sechziger Jahren die Anzahl anderer Familienformen kontinuierlich zugenommen. Am deutlichsten gewachsen ist der Anteil der Einelternhaushalte sowie der unverheirateten Paare mit Kindern und der unverheirateten Paare ohne Kinder. Die meisten Familienhaushalte sind heute als Kleinfamilien organisiert. Mehrgenerationenfamilien und Familien, in denen mehrer Kleinfamilien in einer grossen Gemeinschaft zusammen leben, sind die Ausnahmen. Damit wird das eigentlich Verbindende zum Trennenden. Bruchstellen treten denn auch einerseits zwischen den Generationen und andererseits zwischen den Kinderhabenden und den Kinderlosen auf.

Die Leistungen der Familien sind für die soziale Kohäsion unverzichtbar. Wer den sozialen Zusammenhalt stärken will, muss die Familien stärken. Dabei müssen wir den Ausgleich zwischen den Belastungen der Kinderhabenden

und der Kinderlosen sowie den Generationen suchen. Wie in der Folge ausgeführt wird, sind die konkretesten Massnahmen dort notwendig, wo die Rahmenbedingungen der Haushalte mit Kindern festgelegt werden. Die nachfolgenden Ausführungen setzen denn auch diese Haushalte ins Zentrum.

Familienpolitik aus drei Blickwinkeln

Eine moderne und sozial ausgestaltete Familienpolitik lässt sich aus drei Blickwinkeln begründen: Aus der Sicht des Lasten- und Leistungsausgleichs, aus der Sicht der Demographie und aus der Sicht der bildungspolitischen Herausforderung.

Ausgleich von Lasten und Leistungen der Familien

Kinder brauchen in erheblichem Mass Zeit und Geld. Im Durchschnitt wendet eine Familie mit zwei Kindern in deren ersten zwanzig Lebensjahren fast eine halbe Million Franken an Unterhaltskosten auf. Zudem wird das Erwerbseinkommen im Vergleich zu einem kinderlosen Paar um gegen 700'000 Franken reduziert. Die gesamten Kosten der Kinder belaufen sich – gemessen an der Einbusse an Konsummöglichkeiten eines kinderlosen Paares – auf gegen 1.2 Millionen Franken.

Den Belastungen/Leistungen stehen die immateriellen Bereicherungen durch Kinder gegenüber, auf die Kinderlose wiederum verzichten. Eine gesamte Abgeltung der Belastungen/Leistungen wäre nicht sinnvoll und wird von Eltern auch nicht erwartet. Insofern ist genauer zu identifizieren, wo die Probleme liegen, auf die mit politischen Massnahmen zu reagieren ist. Dabei gehen wir davon aus, dass die *Chancengleichheit von Kindern und Erwachsenen* in ihrer Lebensgestaltung das wegleitende Kriterium für die Ausgestaltung von entsprechenden politischen Massnahmen bilden sollte. In dieser Logik sind es vor allem zwei Problembereiche, die ein staatliches Handeln erfordern.

- Erstens: Kinder bilden ein Armutsrisiko. Für einkommensschwächere Paare werden Kinder zu einem eigentlichen Armutsrisiko. Die schweizerische Armutsstudie belegt, dass junge Familien, Familien mit mehr als zwei Kindern und Einelternfamilien in unserem Land überdurchschnittlich häufig von Armut betroffen sind.

- Zweitens: Die zeitliche Belastung für Kinder wird einseitig von den Müttern getragen. Der mit dem Hinzukommen von Kindern üblicherweise verbundene vorübergehende Ausstieg aus dem Berufsleben bzw. die starke Verringerung der Berufsarbeit entfalten starke negative Langfristwirkungen: Berufsspezifische Fähigkeiten gehen verloren, die Fähigkeiten der Familienarbeit werden in der Erwerbswelt noch nicht anerkannt, ein beruflicher Aufstieg ist kaum möglich und es kommt zu vielfachen weiteren, sich verstärkenden Wirkungen und Rückwirkungen.

Demographische Entwicklung

Die altersmässige Zusammensetzung der Gesellschaft verändert sich. Nach dem Jahre 2010 werden mehr als die Hälfte der Stimm- und Wahlberechtigten älter als 50 Jahre sein. Die Zahl der Erwerbstätigen wird im Verhältnis zu den Rentnerinnen und Rentnern sinken, was die Belastungsverhältnisse zwischen den Generationen verändern wird. Die Geburtenzahl wird zudem weiter zurück gehen. Bereits heute bleiben drei von neunzehn Frauen kinderlos. Bei den Akademikerinnen verzichten vier von zehn auf Kinder. Der wichtigste Grund ist gemäss Untersuchungen die Schwierigkeit, in der Schweiz Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen.

Bildungspolitische Herausforderung

Bildung gilt als wichtigster Rohstoff der Schweiz. Kinder und Jugendliche, welche unsere Schulen besucht haben, schneiden aber im internationalen Vergleich nur noch mittelmässig ab (vgl. PISA-Studie). Die Gründe für dieses ernüchternde Resultat sind vielfältig. Einige davon haben aber mit den Erfahrungen zu tun, welche Kinder bereits im Vorschulalter machen. Dabei rücken das Lebensumfeld der Familien und die Unterstützung der Eltern in ihrer Erziehungsarbeit ins Zentrum.

Stärkung der Familien in der Arbeitswelt, finanziell und im Alltag

Für eine Familienpolitik, die in die Zukunft blickt, sind drei Ziele klar: Familien müssen erstens in der Arbeitswelt, zweitens finanziell und drittens in ihrem persönlichen Lebensumfeld gestärkt werden.

Stärkung der Familien in der Arbeitswelt

Ziel ist es, dass möglichst alle Erwachsenen, ob mit oder ohne Kinder, ihren Lebensunterhalt mit Erwerbsarbeit bestreiten können. Dazu braucht es einen massiven Ausbau der familien- und schulergänzenden Betreuungsplätze, ein Schulsystem mit Tagesstrukturen, eine Mutterschaftsversicherung sowie eine gerechte Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit. Zudem muss der Grundsatz «Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit» endlich verwirklicht werden. Teilzeit- und Vollzeitarbeitsverhältnisse müssen in den Sozialversicherungen absolut gleichwertig behandelt werden.

Finanzielle Stärkung der Familien

Die Familien werden in der Schweiz für ihre grossen Leistungen nur ungenügend abgegolten. So sind sie heute diejenige Bevölkerungsgruppe, die am meisten von Armut bedroht ist. Familien müssen finanziell stärker unterstützt werden. Jedes Kind soll Anrecht auf ein existenzsicherndes Kindergeld haben, das in Form von Kinderzulage und/oder Steuergutschriften geleistet wird. In Ergänzung zu diesen Grundleistungen braucht es gezielte Leistungen, die den einkommensschwachen Familien zukommen und garantieren sollen, dass kein Kind in finanziell ungesicherten Verhältnissen aufwachsen muss (Ergänzungsleistungen). Im weiteren muss das Stipendienwesen so ausgebaut werden, dass weder der finanzielle Hintergrund noch das Alter eine Ausbildung verhindern.

Stärkung der Familien und Kinder in ihrem Lebensumfeld

Die Familien sind darauf angewiesen, dass ihr Lebensumfeld die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen anerkennt und berücksichtigt. Entscheidend in diesem Zusammenhang sind die Wohnverhältnisse, die Siedlungsstruktur und die Verkehrssituation. Aber auch die Beratungsangebote für Fragen im Zusammenhang mit der Erziehung sowie die Angebote zur Freizeitgestaltung müssen so aufgebaut werden, dass sie von möglichst vielen Familien genutzt werden können.

Die Schweiz muss für Familien attraktiver werden, denn ohne Kinder wird eine Gesellschaft sehr schnell alt. Sie verliert ihren kollektiven Sinn und damit ihren inneren Zusammenhalt. Wer in die Familie investiert, investiert in die soziale Kohäsion der Schweiz.

SOZIALE KOHÄSION: VIELFÄLTIGE HERAUSFORDERUNGEN

Reto Nause

Soziale Kohäsion als Bestandteil nationalen Zusammenhalts

Unter dem Begriff «soziale Kohäsion in der Schweiz» verstehen wir einerseits die Solidarität innerhalb unserer Gesellschaft; andererseits ist der soziale Zusammenhalt auch untrennbar mit dem Konzept der nationalen Identität und somit mit der nationalen Kohäsion verbunden.

Trennende Faktoren, welche ein Auseinanderdriften nationalstaatlicher Gebilde fördern, gibt es in Hülle und Fülle. Die klassischen Konfliktfelder sind so alt wie die Nationalstaaten selber und haben an ihrer Sprengkraft nichts eingebüsst:

- der Zentrum/Peripherie-Konflikt;
- der Generationenkonflikt;
- der soziale Konflikt zwischen arm und reich;
- die religiösen Konfliktfelder;
- die sprachlichen Konfliktfelder.

In der jüngeren Vergangenheit sind zu diesen «traditionellen Konfliktlinien» neue hinzugekommen: «Gender issues» thematisieren die Gleichstellung von Mann und Frau, die Nutzung der natürlichen Ressourcen ist umstritten, die Aufnahme- und Integrationsfähigkeit der zugewanderten Bevölkerung spaltet unsere Gesellschaft und schliesslich herrscht seit zehn Jahren Uneinigkeit über Geschwindigkeit und Formen einer möglichen europäischen Integration unseres Landes.

Start- und Zukunftschancen als Leitmotiv

Ein Konzept zur Stärkung der sozialen Kohäsion in der Schweiz muss einem Leitgedanken folgen: Es muss die gleichen Start- und Zukunftschancen für

die Menschen eröffnen. Von den genannten Konfliktfeldern stehen für eine Stärkung der sozialen Kohäsion folgende Politikfelder im Vordergrund:

- Die demographische Entwicklung in der Schweiz stellt unser gesamtes Sozialwesen – und damit den Hauptpfeiler der sozialen Kohäsion – in Frage. Wenn der arbeitenden Bevölkerung immer mehr Personen im Ruhestand gegenüberstehen, so wird dieses System aufgrund der steigenden Belastung mittelfristig zerbersten. Die Solidarität erreicht im Bereich der Lohnnebenkosten ihre Grenzen. Die Schweiz muss von einer Politik wegkommen, die diese Belastung einfach immer wieder neu und mehr oder weniger sozial verteilen will. Die Schweiz braucht eine Politik, welche die Trendwende in der demographischen Entwicklung einleitet. Das kann nur eine umfassende Politik für die Familie und den Nachwuchs sein. Wir müssen die Eltern finanziell und im Bereich der Kinderbetreuung entlasten und alle Diskriminierungen der Familien im Vergleich zu Konkubinatspaaren oder Singles aufheben.

- Der Zweiteilung der Gesellschaft in Gewinner und Verlierer des technologischen Fortschritts ist mit allen Mitteln entgegenzuwirken. Das Konzept des lebenslangen Lernens ist zu konkretisieren und umzusetzen. Die Politik ist in den nächsten Jahren gefordert, sich zum Angebot und zur Anerkennung von Abschlüssen im Bereich des lebenslangen Lernens festzulegen. Es darf nicht sein, dass Personen ab fünfzig, welche ihre Stelle verlieren, einfach in die Sozialhilfe abgeschoben werden.

- Eine Zweiteilung der Gesellschaft in Gewinner und Verlierer würde auch eine Amerikanisierung unseres Bildungswesens bringen: Wir müssen dafür sorgen, dass die Grundausbildung unserer Jugend nicht vom Portemonnaie abhängig wird. Wir müssen auch dafür sorgen, dass für unsere Jugendlichen die Startchancen nicht davon abhängen, welches Schulhaus sie besuchen oder in welchem Kanton sie zur Schule gehen. Linke Bildungsideale aus den 68igern sind dreifach gescheitert: Unsere Schulen müssen das Leistungsprinzip wieder hochhalten und gleichberechtigt neben die Sozialkompetenz stellen. Noten sind etwas Gutes! Auf den Schulhöfen muss bei Missbrauch und Rüpelhaftigkeit wieder Nulltoleranz herrschen – das Konzept des «Laisser-faire» ist gescheitert. Schliesslich müssen wir dafür sorgen, dass in den Regelklassen ein tragbares Gleichgewicht zwischen ausländischen und schweizerischen Schulkindern besteht. Vor einer Eingliederung in die Regelklassen muss ein rascher und forcierter Sprach-

erwerb für jene Kinder stehen, die der ortsüblichen Sprache nicht kundig sind.

- Die Desintegration von Ausländerinnen und Ausländern stellt die soziale Kohäsion vor eine weitere Herausforderung. Alle Integrationsbemühungen bleiben ohne Spracherwerb auf der Strecke. Die Politik muss hier fördern und fordern: Einerseits sind von den Zugewanderten Anstrengungen zum Spracherwerb notwendig, andererseits muss auch die Wirtschaft, welche diese Menschen beschäftigt, deren Anstrengungen unterstützen. Bevor die Wirtschaft ihre Anstrengungen zur Rekrutierung von Beschäftigten aufs Ausland konzentriert, sind alle Potentiale in der Schweiz auszuschöpfen: Die Schweiz braucht ein flexibles Arbeitsrecht, welches beruflichen Wiedereinsteigerinnen zu Gute kommt, welches saisonale Tätigkeit von Schülern und Studierenden erleichtert und welches das Potential an arbeitswilligen Frühpensionierten ausschöpft. Wo weitere Zuwanderung notwendig ist, kann sie durch den freien Personenverkehr mit Europa abgedeckt werden.

- Unser «Service public» – verstanden als ein flächendeckendes, qualitativ gutes und preiswertes Angebot an Grundinfrastrukturleistungen – ist ein weiterer Pfeiler für die soziale Integration. Dabei spielt es keine Rolle, ob diese Dienstleistungen in privatrechtlichen Formen erbracht werden. Wichtig ist, dass sich der Staat nicht völlig aus diesem Bereich zurückzieht und dass er die Rahmenbedingungen festlegt. Ebenso wie für den Einzelnen nicht das Gefühl aufkommen darf, zu den Verlierern zu gehören, gilt dies auch für die Regionen: Sobald beispielsweise ein Brief oder ein Telefongespräch in unseren Berggebieten viermal teuer als in den Agglomerationen wird, hat die Schweiz ein schwerwiegendes Problem. Als Beschäftigungsmotoren profitieren auch unsere kleinen und mittleren Unternehmungen (KMU) von einem intakten Service public; dessen Ausdünnung würde vorab den Mittelstand treffen und der sozialen Desintegration Vorschub leisten.

- Die Krankenversicherung entwickelt sich seit längerer Zeit zum sozialen Spaltpilz: Die permanente Ausdehnung der Leistungen in der Grundversicherung, das Überangebot an Spitalbetten, zu viele Ärzte, steigende Medikamentenkosten, verworrene Finanzierungsströme und die Verzettelung der Spitzenmedizin haben zur Kostenexplosion geführt. Ein weiterer Anstieg der Krankenkassenprämien wird für Mittelstand und untere soziale Schichten zum Existenzproblem. Auch hier müssen wir wegkommen

von einer Politik der Prämienverbilligung hin zu einer wirksamen Eindämmung der entstehenden Kosten.

- Nach wie vor ist die Gleichstellung von Mann und Frau in der Realität nur unzureichend umgesetzt. Gesetzliche Diskriminierungen müssen aus der Welt geschafft und dem Grundsatz «gleicher Lohn für gleiche Arbeit» muss nachgelebt werden.

Die grösste Bedrohung der sozialen Kohäsion ist allerdings im Aufkommen von politischen Extrempositionen zu orten: Die Schweiz ist – mehr als alle anderen Staaten dieser Welt – auf eine Politik des Ausgleichs angewiesen. Sonst zerbricht sie. Wenn die einenden Bande einer Landessprache fehlen, wenn kulturell die Vielfalt und die Unterschiede dominieren, so sind sich verschärfende Konflikte im sozialen Bereich eine drohende Gefahr für die Einheit insgesamt. Nicht nur inhaltlich, auch im Ton und im Umgang mit Andersdenkenden muss der Gedanke des Ausgleichs und der Gemeinschaft wieder in den Vordergrund treten – das ist der Kerngehalt einer «idée suisse».

SOZIALE KOHÄSION DANK WACHSTUM

Guido Schommer

Mit dem liberalen Manifest hat die FDP 1990 die Grundlage für eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik gelegt. Das Wachstumspapier der FDP bleibt diesem liberalen Credo verpflichtet und gibt eine Antwort auf drei wesentliche Herausforderungen für die Zukunft der Schweiz:

- Die Wachstumsschwäche: Im Vergleich zu anderen OECD-Staaten ist das Wirtschaftswachstum in der Schweiz seit den 90er Jahren ungenügend. Die Schweiz muss auf einen Pfad des kräftigen Wachstums zurückfinden. Dazu muss die Politik mit wachstumsfördernden Rahmenbedingungen und entsprechenden Massnahmen einen Beitrag leisten.

- Der demographische Wandel: Die fortschreitende Alterung der Bevölkerung wird sich ohne Gegenmassnahmen negativ auf das Wirtschaftswachstum auswirken. Der bisherige Wohlstand in der Schweiz ist geprägt von der im Vergleich zu den OECD-Ländern überdurchschnittlich hohen Erwerbstätigenquote. Die Wirtschafts-, aber auch die Familien-, Sozial-, und Alterspolitik müssen auf diese Herausforderung antworten.

- Die Vertrauensfrage: Die massiven Korrekturen an den Kapitalmärkten und Masslosigkeiten bei einzelnen Konzernen haben zu einem starken Vertrauensverlust bei Anlegern, Arbeitnehmern und der breiten Öffentlichkeit geführt. Ohne Vertrauen funktionieren Märkte jedoch nicht. Vertrauen kann nicht primär durch staatliche Kontrolle verordnet werden. Es braucht vielmehr eine Offensive für einen «Vertrauenspakt».

Das Wirtschaftswachstum hängt entscheidend vom Arbeitsvolumen (u.a. Erwerbstätigenquote) und der Arbeitsproduktivität ab.

Die FDP will diese beiden Pfeiler unseres Wachstums und Wohlstands im Lichte der genannten Herausforderungen nachhaltig stärken. Neben dem Erhalt einer hohen Erwerbstätigenzahl bedeutet dies vor allem eine Steigerung der Arbeitsproduktivität. Dafür braucht die Schweiz in allen Bereichen eine griffige Wachstumspolitik:

- Zur Steigerung des Arbeitsvolumens tragen vor allem Arbeitsmarktpolitik, Familienpolitik und Migrationspolitik bei.
- Eine Steigerung der Arbeitsproduktivität folgt aus intensiverem Wettbewerb, mehr unternehmerischem Freiraum sowie einer auf hohe Wertschöpfung ausgerichteten Bildungs-, Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik.

Die Schweiz soll auch im 21. Jahrhundert eine führende Wirtschaftsnation bleiben. Die FDP will vermeiden, dass die Schweiz zu einem Problemfall wird. Mit der Wachstumspolitik der FDP werden die Bedingungen geschaffen, dass auch zukünftig ein hohes Wohlstandsniveau gesichert ist und jeder in der Schweiz seine Chancen nutzen kann. Dieses Wachstumsprogramm will dem Tüchtigen möglichst freie Bahn lassen. Aber niemand soll auf der Seite liegen gelassen werden. Die FDP setzt sich daher für eine Stärkung der sozialen Marktwirtschaft ein.

Für eine nachhaltige Marktwirtschaft sind Transparenz, aber auch vermehrte Checks und Balances unerlässlich. Das ermöglicht den Marktkräften, Fehlleistungen und Fehlverhalten zu korrigieren. Die Wirtschaftsführer sind vor allen anderen gefordert, die Vertrauensbasis wieder zu stärken und das Prinzip von Treu und Glauben hochzuhalten. Die FDP vertraut in verschiedenen Bereichen der Selbstregulierung der Wirtschaft, verlangt aber von den Akteuren hohe ethische Standards und Transparenz.

Die Kraft des Wachstums

«Die Macht von Wachstumsraten ist verblüffend. An und für sich unspektakulär erscheinende Unterschiede in der Wachstumsrate haben längerfristig profunde Auswirkungen auf den Wohlstand von Ländern. (...) So ist etwa das BIP pro Kopf in der Schweiz in der Periode 1870-1990 mit einer durchschnittlichen Rate von 1, 9% pro Jahr gewachsen. Das hat das pro Kopf Einkommen in heutige Franken umgerechnet von 5'000 auf etwa 45'000 erhöht. Wäre die durchschnittliche Wachstumsrate lediglich um einen Prozentsatz tiefer gewesen, so hätte sich das Einkommen statt verzehnfacht lediglich auf etwa 14'000 verdreifacht und läge auf dem Niveau von Griechenland und Portugal.» (*Wachstumsbericht*, seco, Mai 2002, S. 5).

Eine erfolgreiche Wachstumspolitik ist Voraussetzung für den schweizerischen Wohlstand. Das Wachstumsprogramm der FDP will einen Beitrag dazu leisten, dass die Schweiz, mit den Volkswirtschaften Europas, Amerikas und Asiens mithalten kann. Nachhaltiges Wachstum bedeutet, dass die Individuen mehr Wahlfreiheit erhalten, und die Umwelt dennoch gesichert wird. Nur eine Politik des Wirtschaftswachstums ermöglicht nachhaltige Einkommenssteigerungen, die zur Absicherung der Errungenschaften der sozialen Marktwirtschaft nötig sind.

Mit dem Wachstumsprogramm der FDP soll die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der schweizerischen Wirtschaft gesichert, zukunftsträchtige Technologien und Wachstumsbranchen gefördert sowie die Standortattraktivität der Städte und Regionen der Schweiz verbessert werden.

Bedingungen hierzu sind, neben der Förderung des Wettbewerbs, solide Finanzen, attraktive Steuern, Bildung und Forschung sowie die Geldwertstabilität und die Berechenbarkeit der Nationalbankpolitik. Weil die schweizerische Wirtschaft auch vor allem über den internationalen Marktzugang wächst, kommt der Nationalbankpolitik eine besondere Rolle zu (Währungspolitik). Zu den wichtigen Standortfaktoren gehören zudem die verwurzelte Sozialpartnerschaft und die politische Kultur der Schweiz. Ein weiterer zentraler Pfeiler ist ein breit gestreutes Eigentum.

Das Leitbild für das Wachstum: Chancengesellschaft Schweiz

Die demographischen Prognosen zeigen, dass die Schweiz eine alternde, leicht wachsende Gesamtbevölkerung und eine sinkende Zahl von Personen im erwerbsfähigen Alter ausweisen wird. Das Wachstumsprogramm der FDP nimmt diese Herausforderung an. Die höhere Lebenserwartung und die zunehmende Vitalität im Alter werden als gesellschaftlicher Fortschritt anerkannt.

Im Zuge des demographischen Wandels verändert sich die Stellung einzelner Altersklassen und Bevölkerungsgruppen. Die gesellschaftlichen Einrichtungen müssen sich dem Wandel anpassen. Angesprochen sind damit insbesondere die bereichsübergreifenden Felder Alterspolitik, Familienpolitik sowie Bildung und Ausländerintegration. In diesem raschen Wandel benötigt die Gesellschaft einen Kompass. Die FDP will eine «Chancengesellschaft».

Ein neuer «Vertrauenspakt für mehr Wachstum» auf der Basis von Freiheit und Verantwortung

Politik und Staat können die historischen Herausforderungen und Probleme, die sich aus der Globalisierung, Informatisierung und Individualisierung der Gesellschaft ergeben, nicht im Alleingang angehen. Vielmehr ist eine politische Doppelstrategie erforderlich: Die Politik muss an den richtigen Stellen eingreifen und an den richtigen Stellen loslassen. Sie muss dort eingreifen, wo ordnungspolitischer Handlungsbedarf entsteht (Wettbewerbsverzerrungen, Marktmissbräuche, Rechtsunsicherheiten, infrastrukturelle Reibungsverluste), aber sie muss dort von Regulierungen Abstand nehmen, wo die Wirtschaftsteilnehmer an der Entfaltung gehindert werden. Für diese Doppelstrategie braucht es politischen Mut.

Aus freisinniger Sicht kann die Politik kein Wirtschaftswachstum verordnen, sondern erleichtern oder belohnen. Der Staat kann nicht befehlen, dass die Unternehmen mehr produzieren und dass die Konsumenten mehr konsumieren oder gar, dass der Kapitalmarkt mehr «hergibt». Mit einem Rückfall in planwirtschaftliche «Koordinationen» und in «Eingriffe» aller Art zur Wachstumsförderung wären Politik und Verwaltung hoffnungslos überfordert. Nur über den Markt können die neuen Herausforderungen zufriedenstellend angegangen werden.

Der Markt braucht aber Regeln und Vertrauen. Aus freisinniger Sicht ist der Bestand der gesetzlichen Regeln möglichst gering zu halten. Voraussetzung für diese gesetzgeberische Zurückhaltung ist aber die Selbstregulierung und Selbstkontrolle. Dazu schlägt die FDP einen «Vertrauenspakt für mehr Wachstum» auf der Basis von Freiheit und Verantwortung zwischen den Wirtschaftsteilnehmern (Konsumenten, Arbeitnehmer, Unternehmer, Investoren) und dem Staat (Bürger, Parlament, Regierung) vor.

Der «Vertrauenspakt für mehr Wachstum» baut auf die berechtigten Erwartungen der Wirtschaftsteilnehmer an die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen: Die Arbeitnehmer müssen auf eine hochwertige Ausbildung, die Unternehmen auf freie Entfaltungsmöglichkeiten, die Konsumenten auf einen wirksamen Wettbewerb und die Investoren auf berechenbare Rahmenbedingungen, transparente Märkte und eine verlässliche Rechnungslegung zählen können.

Grundlage des «Vertrauenspakts für Wachstum» ist die Untrennbarkeit von Freiheit und Verantwortung. Allen privaten Akteuren werden möglichst weitreichende Freiheiten zugestanden; als Gegenleistung wird die Anerkennung und Übernahme der entsprechenden Verantwortung erwartet. Grundlage dieser auf Treu und Glauben beruhenden Verbindung von Freiheit und Verantwortung ist die Einsicht, dass die Chancen des Einzelnen und die Chancen aller im Zusammenhang stehen und so erst soziale Kohäsion ermöglichen.